

Simon Bundi

Gemeindegänger, Niedergelassene  
und Ausländer. *Eine Bündner  
Abgrenzungsgeschichte 1874–1974*

HIER UND JETZT

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	13
1.1	Eine kommunale Abgrenzungsgeschichte im nationalen Kontext	18
1.2	Aufbau der Untersuchung	31
1.3	Zugänge zur Kultur der Politik	36
1.4	Blinde Flecken der Bündner Geschichte	42
1.5	Die Quellenlage	46
2	Vom Kommunalismus zur altrepublikanischen Gemeinde	51
2.1	Gemeindebildung im Übergang vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit	53
2.2	Die Nachbarschaften und der Ausschluss der Hintersassen	58
2.3	Die alte Gemeindeautonomie gegen den modernen Kanton	66
3	Vom Niederlassungsgesetz 1853 zum Niederlassungsgesetz 1874	71
3.1	De jure ein Status quo	73
3.2	Churer Spiessbürger in Bedrängnis	79
3.3	Der Bruch mit der Hegemonie der Gemeindebürger	93
3.4	Aneignungen des Niederlassungsgesetzes. Eine kantonale Übersicht	105
3.4.1	Gemeindedualismus und abgestufte Gemeindeeinheit	106
3.4.2	Kontinuitäten, Eigeninteressen und Nächstenliebe	114
3.5	Eine instabile Rechtsnorm: die ersten Eingaben und Rekurse	124
4	Die kurze Reaktion der 1890er-Jahre	135
4.1	Mit den «alten Rechten» gegen den «Allerweltskulturstaat»	138
4.2	Die «reaktionäre Avantgarde» und die Gemeindeautonomie	143
4.3	Die gescheiterte «Bürgerinitiative» und das Potenzial eines Fahnenworts	150
5	Der Gemeindedualismus als Rechtsproblem nach 1900	157
5.1	Zwischenspiel: das Gemeinderecht als privates Problem	160
5.2	Das Zirkulieren des juristischen Wissens	166
5.3	Die erste Kulmination: der St. Moritzer Rechtsstreit der 1930er-Jahre	184
5.4	Zurück zur abgestuften Gemeindeeinheit: Thusis und die Erpressung in St. Moritz	196

6	Unter Heimatschutz: die Verteidigung von Bodenständigkeit und Tradition	215
6.1	Zwei komplementäre Bewegungen	218
6.2	Das «Bodenständige» als zirkulierendes Kollektivsymbol	225
6.3	Das kantonale Gemeindegesezt von 1945	238
6.3.1	Gemeindeautonomie: Hochkonjunktur eines Fahnenworts	246
6.3.2	Die «Aktion Gemeindegesezt» und die Verbandsgründung: Selbstorganisation einer liberalen Rechten statt Organisationskatholizismus	261
6.4	Die Geister, die man rief: ein langer Weg zum Gemeindegesezt von 1974	280
6.5	Tradition, Expertenwissen und Geselligkeit: die Bürgervereine Chur und Igis	287
7	Gemeinden, die «nur ungern neue Bürger aufnehmen»: die Politik mit dem Bürgerrecht 1875 bis 1960	305
7.1	Einbürgerungspolitik fernab von Bund und Kanton: Bürgerrechtspolitik in Graubünden 1875 bis 1917	308
7.1.1	Die hohen Einkaufsgebühren der Gemeindebürger	312
7.1.2	Eugenik, Religion und der Einbürgerungstourismus	319
7.2	Die «reaktionäre Avantgarde» und die Fremdenabwehr: Einbürgerungspolitik von 1917 bis 1945	331
7.2.1	Die «persönliche Qualifikation» als neues Ausschlusskriterium in Chur	336
7.2.2	Die Verfestigung zweier Extreme: das Bürgerrecht als Garant kultureller Einheit und als Geldquelle	341
7.3	«Sorgfältige Auslese»: Einbürgerungspolitik im Zeichen von Bund und Kanton nach 1945	355
8	Zeiten der Industrialisierung: Bodenverkäufe und Wasserkraftwerke 1897 bis 1960	365
8.1	Igis und Chur: Bodenlieferanten mit einem neuen Selbstverständnis	367
8.2	Domat/Ems: die Geburt der Bürgergemeinde aus der Spätindustrialisierung	380
8.3	Thusis, Sils im Engadin/Segl und Bondo: Zukunftssorgen in einem eigenartigen Kräfteausgleich	391
9	Eine andere Abgrenzungsgeschichte: Vereine, Wirtschaft und Bräuche 1875–1965	409
9.1	Gemeindebürger als Nukleus der bürgerlichen Gesellschaft	412
9.2	Hegemonie in der Praxis der Bräuche	424
10	Resümee	435

11 Anhang	447
Ein Kontinuum	448
Quellen und Darstellungen	452
Archive	452
Fragebogen	453
Rekurspraxis	453
Verhandlungsprotokolle des Kleinen und Grossen Rates	453
Eidgenössische Volkszählungen	453
Jahresberichte	453
Periodika (Mehrfachbelege)	453
Gedruckte Quellen	453
Internet	456
Darstellungen	456
Gemeinderegister	463
Bildnachweis	464